



Foto: Veit Kern/pixelio.de

Wege aus der Krise

„Verzicht auf Unnötiges erhöht den Lebensstandard“

Die Umweltkrise und die Finanzkrise sind keine voneinander unabhängigen Phänomene. Für die Entwicklung einer nachhaltigen Lösungsstrategie braucht es deshalb eine ganzheitliche Betrachtungs- und Herangehensweise – also das Gegenteil von dem, was die deutsche Bundesregierung zu tun pflegt.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, Sie behaupten: Je mehr Menschen auf Unnötiges verzichten, desto höher wird langfristig der reale Lebensstandard. Erklären Sie uns das bitte.

Prof. Dr. Christian Kreiß: Stellen Sie sich fünf Schiffbrüchige auf einer einsamen Insel vor. Der erste übernimmt das Angeln von Fischen, der zweite das Herstellen von Kleidung und Schuhen, der dritte das Bestellen von Feldern, der vierte den Bau von Häusern – und der fünfte macht Werbung für die Produkte der vier anderen. Wie viel trägt der fünfte zum Wohle aller bei?

Nichts.

In unserer heutigen Gesellschaft gibt es ebenfalls eine Fülle überflüssiger Arbeiten mit negativen Konsequenzen für die Gesamtwirtschaft und den allgemeinen Wohlstand. Würden Fleiß, Kreativität und Intelligenz ausschließlich in die Herstellung sinnvoller Produkte gesteckt, dann gäbe es davon mehr und sie würden preiswerter.

Das steht im Widerspruch zum von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) kreierten und von vielen Politikern gern zitierten Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

Ja, überflüssige Arbeiten und Produkte gibt es nach herrschender Wirtschaftstheorie gar nicht. Vollbeschäftigung und das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind die beiden maßgeblichen Indikatoren. Das ist aber zu kurz gedacht. Nehmen wir ein anderes Beispiel: Krieg. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges setzte in Deutschland ein enormer konjunktureller Aufschwung ein. Während des Krieges herrschte Übervollbeschäftigung, ein Mangel an Arbeitskräften, die Rüstungsindustrie kam mit der Produktion kaum hinterher. Aber was

war das Ergebnis? Not, Leid und Elend – nicht nur für die Soldaten an der Front, sondern auch für die gesamte Zivilbevölkerung, weil fast alle Ressourcen aus der zivilen Produktion abgezogen und in die Kriegswirtschaft und Kriegsführung gesteckt wurden.

Werbung mag auf einer einsamen Insel überflüssig sein. Aber ist sie in komplexen Großstrukturen nicht wichtig?

Es gibt in Deutschland Branchen, in denen es ein Werbeverbot gibt, z.B. bei Ärzten, Rechtsanwälten, Steuerberatern und Architekten. Was geschähe, wenn das Werbe-

kapital. Die Eigentümer erwarten eine möglichst hohe Rendite. Das bedeutet: möglichst hohe Werbeeinnahmen. Die Fragestellung bei der Programmkonzeption lautet deshalb nicht: Was ist hilfreich, lebensfördernd, positiv für die Fernsehzuschauer? Sondern: Was zieht möglichst viele Menschen möglichst lange vor den Bildschirm? Und aus demokratischer Sicht ist zudem bedenklich, dass durch die starke finanzielle Abhängigkeit fast aller Medien eine wirklich kritische Berichterstattung über die Industrie nicht zu erwarten ist. Die Berichterstattung ist tendenziös:



Prof. Dr. Christian Kreiß

Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die „Große Depression 1929–32“. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investment Banker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik, 2004 und 2006 hielt er an der University of Maine, USA, Vorlesungen über Investment Banking. Zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise gibt es von ihm zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge, Rundfunk- und Fernsehinterviews.

www.menschengerechtwirtschaft.de

„Würden Fleiß und Kreativität ausschließlich in die Herstellung sinnvoller Produkte gesteckt, gäbe es davon mehr und sie würden preiswerter.“

verbot aufgehoben würde? Einige würden mit Werbung beginnen, die anderen aus Sorge vor Marktanteilsverlusten nachziehen. Würden dadurch aber die Heilerfolge, die Rechts- und Steuerberatung oder die Bauqualität besser? Und wer bezahlt letztlich die zusätzlichen Werbeausgaben? Die zusätzlichen Kosten flößen in die Preise ein und alle Leistungen verteuerten sich. Arbeitsplätze, die den Menschen real keine Verbesserung ihres Lebens bringen, senken langfristig den allgemeinen Lebensstandard.

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Erkenntnis?

Es wäre vernünftig und sinnvoll, Werbebeschränkungen für diverse Branchen anzudenken, insbesondere für nicht oder wenig informative oder stark emotional geprägte überregionale Werbung. Das hätte auch positiven Einfluss auf unsere Medienlandschaft. Die befindet sich überwiegend im Eigentum von gewinnorientiertem Privat-

Halb-, Dreiviertel- oder Neunzehntel-Wahrheiten zugunsten der Werbe- und Anzeigenkunden. Unsere öffentliche Meinungsbildung ist nicht gänzlich frei, sondern stark von Kommerzinteressen getrieben.

Welche Tätigkeiten halten Sie sonst noch für schädlich bzw. überflüssig?

Wenn z.B. durch Zunahme der sozialen Spannungen oder einen allgemeinen Kulturverfall die Kriminalität steigt, braucht es mehr

„Arbeitsplätze, die den Menschen real keine Verbesserung ihres Lebens bringen, senken langfristig den allgemeinen Lebensstandard.“

Polizei, private Sicherheitskräfte und Überwachungstechnologien. Die Sicherheitsbranche floriert, die Wirtschaft wächst. Doch was geschieht real? Es entsteht kein Vorteil für die Menschen, denn sie bezahlen den zusätzlichen Aufwand

durch real sinkende Einkommen – weil die zusätzlichen Kosten auf die Produktpreise umgelegt werden, die Steuern steigen oder weil andere staatliche Leistungen zurückgehen bzw. sich verteuern. Wenn Arbeitskräfte aus Wohlstand schaffenden

Branchen in solche abgezogen werden, die keinen Wohlstand schaffen, vermindert sich – bei gleichbleibender Stundenproduktivität – die real zur Verfügung stehende Gütermenge für alle. Das heißt, alle Menschen werden langfristig gesehen ein wenig ärmer.

Was sollten wir tun?

Kein Angebot ohne Nachfrage! Jeder einzelne Mensch kann sich in seiner Eigenschaft als Konsument die Frage stellen: Wo kann ich auf Unnötiges verzichten? Je mehr Menschen auf Unnötiges verzichten, desto höher wird der reale Le-

bensstandard langfristig. Unnötige Produktionen würden allmählich abnehmen und damit würde das Leben aller auf Dauer billiger. *Was würde volkswirtschaftlich passieren, wenn wir auf Unnötiges verzichten?* In einer Übergangsphase würden das BIP und die Zahl der Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen sinken. Mittel- und langfristig könnte die nun frei werdende Arbeit dafür verwendet werden, entweder sinnvollere Erwerbsarbeit zu leisten oder mehr Zeit für ehren-

amtliche Tätigkeiten, für die Familie oder für Freizeitaktivitäten zu besitzen, sodass der reale Lebensstandard mittelfristig zunehmen würde. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher und sozialer Krisen, wie sie uns bevorstehen, kann ein Bewusstseinswandel stattfinden, eine Rückbesinnung auf die Frage: Wie wollen wir wirklich leben? Ein Verzicht auch nur auf einen Teil von unnötiger Produktion und unnötiger Arbeit könnte gerade in Krisenzeiten mit schrumpfenden Realeinkommen unseren wahren Wohlstand mehren und uns die Krise besser überwinden helfen.

Eben sagten Sie: Kein Angebot ohne Nachfrage! Da stellt sich nun die Frage: Wo soll bei sinkender Kaufkraft aufgrund verschwindender Arbeitsplätze die Nachfrage nach sinnvolleren Produkten herkommen? Ohne Geld keine Nachfrage – weder nach Sinnlosem noch nach Sinnvollem, oder? Natürlich. Das Zauberwort heißt: Umschichtung. Wenn nicht so viele Produkte vorzeitig kaputtgehen – was aber oft von Herstellern so geplant ist –, dann würde in Deutschland bei uns Konsumenten etwa 100 Mrd. Euro Kaufkraft frei. Wenn wir Konsumenten weniger Geld für gezielt vorzeitig kaputtgehende Glühbirnen, Drucker, Fernsehapparate, Bügeleisen, Rasierer, elektrische Zahnbürsten, Schuhe, Hosen usw. ausgeben, bleibt uns viel Geld übrig, das wir für andere sinnvollere Dinge oder Tätigkeiten ausgeben können.

Reicht es, wenn die einzelnen Menschen umdenken und ihre Konsumgewohnheiten ändern?

Nein, selbstverständlich müsste parallel zu einem Bewusstseinswandel bei den Bürgern auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stattfinden. Es gilt, die Weichen so umzustellen,

dass die Ergebnisse der Entscheidungen der einzelnen Menschen in eine gesellschaftlich richtige bzw. sinnvolle Richtung zielen.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Drei ganz konkrete: Erstens die Einführung einer Vermögenssteuer in Höhe von 3% auf nicht selbst genutzten Grund und Boden sowie Immobilien. Zweitens die Einführung einer Vermögenssteuer in Höhe von 3% auf Anteilsbesitz an Unternehmen in Händen von Menschen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten. Drittens die Einführung von Schwundgeld. Diese Maßnahmen sind in meinen Augen der einzige Weg, unsere freiheitliche Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten. Denn der derzeit bestehende Trend zu immer stärkerer Ungleichverteilung stellt die Grundpfeiler und die Stärken einer freien Marktwirtschaft fundamental infrage. Kapital konzentriert sich seit mindestens 30 Jahren in immer weniger Händen und viele Länder entwickeln sich immer mehr zu einer Plutokratie: zu einer Geldherrschaft von wenigen Menschen über die große Bevölkerungsmehrheit. Eine freie Marktwirtschaft mit effizienter Güterallokation setzt freien Wettbewerb zwischen gleichberechtigten Partnern voraus. Das ist aufgrund der zunehmenden Konzentration von Macht in wenigen Händen immer weniger gewährleistet. Das entzieht unserem freiheitlichen Wirtschafts- und Rechtssystem zunehmend den Boden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen das freie Unternehmertum, Eigeninitiative und das Eigentum an Produktionsmitteln erhalten und fördern.

Inwiefern?

Die aktuelle Finanzkrise hat ihre Hauptursache darin, dass in zentrale Frage für ihre Erklärung lautet: Woher kamen die niedrigen Zinsen? Und die Antwort lautet: aus der gestiegenen Ungleichverteilung weltweit. Steigt die Ungleichverteilung, so steigt auch die Sparquote – und damit das Angebot an anzulegendem Kapital. Somit fallen die Zinsen. Also ist letztlich die Hauptursache der unschönen Zustände, die wir derzeit in Südeuropa und anderswo sehen, die gestiegene Ungleichverteilung während der letzten 30 Jahre. *Wieso stieg die Ungleichverteilung?* Sie ist die logische Konsequenz unserer bestehenden Eigentumsordnung. Sie erlaubt zeitlich und mengenmäßig unbegrenztes Eigentum an den drei Hauptvermögensarten: erstens an Grund und Boden mit darauf befindlichen Immobilien, zweitens an Unternehmen in Form von Aktien und anderen Anteilsformen sowie drittens an Geld.

Viele Unternehmer sehen das sicher anders.

Da bin ich mir nicht so sicher. Der schaffende Unternehmer, der Werte aufbaut, soll ja gerade nicht



Foto: Martina Friedl/pixelio.de

besteuert, sondern entlastet werden. Es sollen nur die belastet werden, die ohne Arbeit reich werden, indem sie Dividenden oder Ausschüttungen kassieren. Das ist das Kernproblem, das letztlich auch zur Finanzkrise führte.

Inwiefern? Die aktuelle Finanzkrise hat ihre Hauptursache darin, dass in

zentrale Frage für ihre Erklärung lautet: Woher kamen die niedrigen Zinsen? Und die Antwort lautet: aus der gestiegenen Ungleichverteilung weltweit. Steigt die Ungleichverteilung, so steigt auch die Sparquote – und damit das Angebot an anzulegendem Kapital. Somit fallen die Zinsen. Also ist letztlich die Hauptursache der unschönen Zu-

„Parallel zu einem Bewusstseinswandel bei den Bürgern müsste eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stattfinden.“

den letzten Jahrzehnten das Angebot an Kapital sehr hoch war, was weltweit zu niedrigen Zinsen führte. Die niedrigen Zinsen führten einerseits zu hohen Investitionen in praktisch alle Arten von Anlageobjekten – Immobilien, Unternehmensanteile, Rohstoffe, Nahrungsmittel – und andererseits nahmen viele Privathaushalte, Unternehmen und Regierungen hohe Kredite auf. Diese Überinvestitionen auf zahlreichen Wirtschaftsgebieten und die zu hohen Kredite bei vielen Schuldern stellen den Kern der Krise dar. Die

stände, die wir derzeit in Südeuropa und anderswo sehen, die gestiegene Ungleichverteilung während der letzten 30 Jahre.

Wieso stieg die Ungleichverteilung?

Sie ist die logische Konsequenz unserer bestehenden Eigentumsordnung. Sie erlaubt zeitlich und mengenmäßig unbegrenztes Eigentum an den drei Hauptvermögensarten: erstens an Grund und Boden mit darauf befindlichen Immobilien, zweitens an Unternehmen in Form von Aktien und anderen Anteilsformen sowie drittens an Geld.

„Wenn nicht so viele Produkte vorzeitig kaputtgehen, würden in Deutschland bei uns Konsumenten etwa 100 Mrd. Euro Kaufkraft frei.“

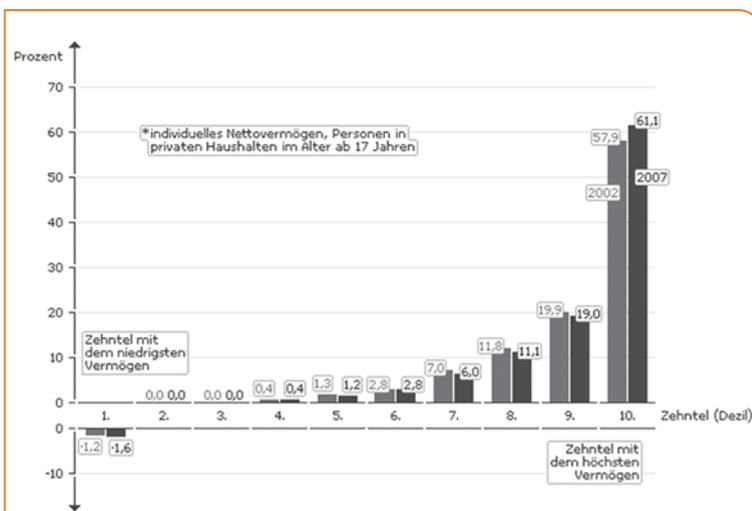
Viele Menschen sind auf überflüssige Tätigkeiten angewiesen, um ihre Familien zu ernähren.

Ja, das hat aber auch seinen Preis: Die Menschen leiden häufig, wenn sie in einer Firma arbeiten, die Unnötiges herstellt – wenn auch oft nicht bewusst, sondern unbewusst. Das dürfte zu Arbeitsunlust, Demotivierung, innerer Leere und Erkrankung führen. Laut Umfragen ist mehr als die Hälfte der deutschen Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz unzufrieden und ein Viertel hat innerlich gekündigt.

bensstandard langfristig. Unnötige Produktionen würden allmählich abnehmen und damit würde das Leben aller auf Dauer billiger.

Was würde volkswirtschaftlich passieren, wenn wir auf Unnötiges verzichten?

In einer Übergangsphase würden das BIP und die Zahl der Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen sinken. Mittel- und langfristig könnte die nun frei werdende Arbeit dafür verwendet werden, entweder sinnvollere Erwerbsarbeit zu leisten oder mehr Zeit für ehren-



Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland zwischen 2003 und 2007

Alle Vermögensarten bringen Ertrag: Mieten, Dividenden und Zinsen. 80 % davon fließen den oberen 20 % der deutschen Haushalte zu, da sie 80 % des deutschen Nettovermögens besitzen. Man könnte in diesem Zusammenhang von einer „ReichenSteuer“ sprechen: Vom erwirtschafteten Sozialprodukt erhalten die wohlhabenden Haushalte ohne Arbeitsleistung einen Anteil von über 25 % von den weniger wohlhabenden Haushalten. Solange diese „ReichenSteuer“

„Die Hauptursache der unschönen Zustände, die wir derzeit in Südeuropa und anderswo sehen, ist die gestiegene Ungleichverteilung.“

greift, wird sich zwangsläufig die Ungleichverteilung weiter erhöhen, wird sich Kapital und Vermögen und damit wirtschaftliche Macht immer stärker in den Händen weniger konzentrieren. Daher die vorgeschlagenen Vermögenssteuern: Die würden diese „Reichen-Steuer“ neutralisieren.

Warum braucht es neben der Vermögensteuer auch noch eine Geldreform?

Alle Arten von Zinseszins führen im Verlauf langer Zeiträume über die Exponentialfunktion zu explosionsartigem Wachstum, das durch die reale Wirtschaft nicht gedeckt werden kann. Hierbei handelt es sich um eine Systemfrage, nicht um die Frage, ob einzelne besonders wohlhabende Menschen ihr Vermögen gut oder schlecht verwalten. Professionelle Vermögensverwalter sorgten die letzten drei Jahrzehnte für immer höhere Renditen, während viele Kleinanleger und Sparer sich häufig mit geringen Einlagezinsen zufrieden geben müssen, was wiederum die Ungleichverteilung von Vermögen verstärkt. Die Ein-

führung von Schwundgeld würde verhindern, dass sich Geldvermögen ohne Arbeitsleistung ständig weiter vermehren. Dadurch würden die in den Produktpreisen enthaltenen Kapitalanteile sinken, Güter und Dienstleistungen also billiger und der allgemeine Lebensstandard sowie die Reallöhne steigen.

Schwundgeld würde zum Geldausgeben zwingen und den Konsum ankurbeln. Steht das nicht im krassen Widerspruch zu Ihrer Forderung, auf Unnötiges zu verzichten?

Nur auf den ersten Blick. Wir müssen da zwischen kurz- und langfristiger Betrachtung unterscheiden. Schwundgeld und Vermögenssteuern sollen verhindern, dass wir jetzt in eine Depression versinken wie in den Jahren ab 1929. Das wären von daher zunächst einmal kurzfristige Krisenverhinderungsmaßnahmen: Statt „oben“ in der Gesellschaftspyramide zu versacken und einen Nachfrageausfall herbeizuführen, würde das Geld wieder zirkulieren. Geld ist ja genug da, nur falsch verteilt. Also das ist die Konjunkturfrage. Langfristig

stellt sich eine ganz andere strukturelle Frage: Wo wollen wir wirklich hin? Das ist die Frage nach Klasse statt Masse. Da können wir meiner Meinung nach problemlos auf Unnötiges verzichten. Die sich in einer möglicherweise Jahrzehnte dauernden Übergangsphase ergebenden „Anpassungsprobleme“ – Rezession und Arbeitslosigkeit aufgrund schrumpfender Nachfrage – ließen sich durch Schwundgeld und Vermögenssteuern stark mildern, da das Geld dann besser zirkuliert. Im Übrigen glaube ich nicht, dass Schwundgeld auf Dauer zum Geldausgeben und damit zu Konsumsteigerung zwingt. Auch bei Schwundgeld würden die einzelnen Menschen für die Ausbildung, das Alter usw. sparen, doch sie bekämen keinen Zinseszins dafür. Ersparnisse würden eine reale Verzinsung von ca. 0 % haben, Bargeld dagegen einen Schwund von 2 bis 4 % pro Jahr. Wegen dieses Schwundes muss man sein Geld nicht gleich in Konsum stecken, sondern kann es auch werterhaltend zurücklegen. Schwundgeld führt mittel- und langfristig nicht zur Konsumankurbelung, sondern erleichtert den Übergang in eine menschengerechte, Natur und Kreatur achtende Wirtschaft.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Foto: R.K. by A. Liebhart/pixelio.de



Foto: Michael Staudinger/pixelio.de

Reform des Geldsystems

Nachhaltige Krisenbewältigung durch Vollgeld?

Ein Übermaß an Krediten führt zu Spekulationsblasen, Inflation und die zunehmende Verschuldung von Unternehmen, Konsumenten und Staaten. Dass die Kredite überhand nehmen, liegt in der Logik unseres Geldsystems. Die Einführung des sogenannten „Vollgelds“ würde diese Logik tiefgreifend verändern.

von Klaus Karwat

Eine Finanzkrise jagt die nächste, deswegen fühlen immer mehr Menschen: Mit unserem Finanzsystem ist etwas nicht in Ordnung! Große Banken müssen mit Riesensummen gerettet werden, die an anderer Stelle im Staatshaushalt dringend benötigt würden. Der Verein „Monetative e.V.“ tritt deshalb für eine grundlegende Reform unseres Geldsystems ein. Er will eine unabhängige vierte Staatsgewalt einsetzen, die die Geldschöpfung nach gesetzlichen Vorgaben ausschließlich in öffentlicher Verantwortung durchführt: eine sogenannte „Monetative“.

Die meisten Menschen gehen davon aus, dass das Geld, das wir täg-

lich benutzen, von der Zentralbank erschaffen – Fachjargon: geschöpft – und in Umlauf gebracht wird. Dies stimmt aber nur für einen kleinen Teil der Geldmenge: für die Münzen und Geldscheine. Der größte Teil unseres Geldes existiert nur in elektronischer Form auf unseren Girokonten. Dieses Geld wird von den zumeist privaten Geschäftsbanken in Umlauf gebracht, wenn sie Kredite vergeben oder Investments tätigen. Technisch gesehen wird diese private Geldschöpfung über sogenannte „Bilanzverlängerung“ in den Bankbilanzen durchgeführt. In einschlägigen Publikationen z.B. der Deutschen Bundesbank lässt sich das nachlesen, doch meist wird

es nur mit Unglauben oder sogar mit Widerstand aufgenommen.

Private Geldschöpfung erzeugt zahlreiche Probleme

Der Ökonom Richard Werner machte kürzlich eine Umfrage bei „normalen“ Menschen, ob ihnen diese Praxis bekannt ist und ob sie diese befürworten. Die meisten antworteten, dass sie von privater Geldschöpfung nichts wüssten, aber ein System mit öffentlicher Geldschöpfung eindeutig vorziehen würden. Tatsächlich erzeugt die private Geldschöpfung eine Reihe großer Probleme, die auch zu den wichtigsten Ursachen für die Finanzkrise zählen: